

Klienteninformation

Ausgabe 01/2012

Inhaltsverzeichnis

1. ÄNDERUNGEN DURCH DAS „SPARPAKET 2012“	2
2. STEUERLICHE NEUERUNGEN AB 1.1. 2012	4
3. AKTUELLES ZUM THEMA AUTO	7
4. BMF-KASSENRICHTLINIE 2012 (KRL 2012)	7
5. AKTUELLE ZINSEN	8
6. SPLITTER	8
7. TERMINE: ÜBERSICHT FÜR DAS ERSTE HALBJAHR 2012	9
8. SOZIALVERSICHERUNGSWERTE UND -BEITRÄGE FÜR 2012.....	10
9. KAMMERUMLAGE 2 – ZUSCHLAG ZUM DIENSTGEBERBEITRAG	11

1. Änderungen durch das „Sparpaket 2012“

Im folgenden finden Sie einen Überblick über die wichtigsten steuerlichen Änderungen, die von der Bundesregierung unter dem Titel „Sparpaket 2012“ letzte Woche vorgestellt wurden, weisen jedoch ausdrücklich darauf hin, dass alles noch anders kommen kann, da noch kein schriftlicher Gesetzesentwurf vorliegt.

• Besteuerung von Liegenschaftsverkäufen ab dem 1. April 2012

Wurden Grundstücke und Gebäude nach der bisherigen Rechtslage nach 10 Jahren (Spekulationsfrist) mit Gewinn verkauft, so war dieser Ertrag steuerfrei. Durch das Sparpaket 2012 wird diese Frist abgeschafft, d.h. auch nach 10 Jahren sind Liegenschaftsverkäufe grundsätzlich steuerpflichtig. Der Veräußerungsgewinn wird nun einheitlich mit 25 % besteuert (davor wurde der Gewinn bei Privatpersonen nach dem Einkommensteuertarif versteuert). Steuerfrei bleiben weiterhin der Verkauf von Gebäuden, die als Hauptwohnsitz genutzt werden, selbst erstellte Gebäude und Enteignungen.

Wurden Liegenschaften vor dem 1. April 2002 angeschafft und nun verkauft, wird ein Wertzuwachs von 14 % angenommen und der 25%igen Besteuerung unterzogen (daraus ergibt sich ein effektiver Steuersatz von 3,5 %). Auf Antrag des Steuerpflichtigen kann auch ein etwaiger tatsächlich niedrigerer Wertzuwachs angesetzt werden. Wurde bei einem Grundstück seit dem 1. Jänner 1988 eine Umwidmung von Grün- in Bauland vorgenommen, wird pauschal ein Wertzuwachs von 60 % angenommen und besteuert (daraus ergibt sich ein effektiver Steuersatz von 15 %).

Bei der Grundsteuer und der Grunderwerbsteuer kommt es zu keinen Änderungen.

• Befristete Solidarabgabe bis 2016

Bisher wurden das 13. und 14. Gehalt (Weihnachts- und Urlaubsgeld) mit einem Lohnsteuersatz von 6 % besteuert. Ab dem Jahr 2013 kommt es zu einer einkommensabhängigen Besteuerung der Sonderzahlungen. Für die Bezieher von Bruttogehältern bis zu EUR 13.280 pro Monat ergibt sich grundsätzlich keine Änderung. Ab dieser Grenze erfolgt eine Besteuerung des Überschreibungsbetrages mit 27 %. Ab der Überschreitung von EUR 25.780 monatlich erfolgt eine 35,75%ige Besteuerung, und jener Betrag, der schließlich den Wert von EUR 42.447,03 pro Monat übersteigt, wird mit 50 % besteuert.

Analog dazu wird auch der Gewinnfreibetrag gem. § 10 EStG reduziert. Für Gewinne bis EUR 175.000 pro Jahr bleibt der Freibetrag weiterhin 13 %. Für Gewinne zwischen EUR 175.000 und 350.000 wird der Freibetrag auf 7 % reduziert; zwischen EUR 350.000 und 580.000 auf 4,5 %. Für Gewinne ab EUR 580.000 steht kein Gewinnfreibetrag mehr zur Verfügung.

• Gruppenbesteuerung: Umrechnungsdeckel bei ausländischen Verlusten

Sollen im Ausland entstandene Verluste bei österreichischen Gruppenträgern angerechnet werden, so mussten diese bisher auf solche Werte umgerechnet werden, die den österreichischen Gewinnermittlungsvorschriften entsprechen. Dieses Umrechnungsgebot besteht zwar auch weiterhin, allerdings wird der in Österreich verwertbare Verlust nun auch mit der Höhe der ausländischen (nicht umgerechneten) Verluste begrenzt. Anwendung findet der Umrechnungsdeckel somit nur dann, wenn das ausländische Steuerrecht zu einer geringeren Verlusthöhe führt als das österreichische.

• Umsatzsteuerliche Gestaltungsformen bei Mietverhältnissen werden eingeschränkt

Unecht steuerbefreite Unternehmer haben kein Recht auf einen Vorsteuerabzug (z.B. Banken, Versicherungen, Ärzte). Eine beliebte Gestaltungsform war es bisher, den Bau eines Gebäudes auszulagern (z.B. in ein Tochterunternehmen) und sich so den Vorsteuerabzug für die Errichtungskosten zu sichern. Das Gebäude wurde dann an das Mutterunternehmen zu günstigen Konditionen zurückvermietet. Nach Ablauf von 10 Jahren wurde das Gebäude dann gänzlich in das Betriebsvermögen des Mutterunternehmens übernommen, da ab diesem Zeitpunkt keine Vorsteuerkorrektur mehr notwendig war. Der „Gewinn“ bestand im Vorsteuerabzug für den Bau abzüglich der Umsatzsteuerbelastung durch die Miete.

Ab dem 1. Mai 2012 sind solche Miet- und Pachtverhältnisse nicht mehr möglich. Der Vorsteuerabzug steht nur dann zu, wenn der Mieter in diesem Bereich auch zum vollen Vorsteuerabzug zugelassen ist.

- **Verlängerung des Vorsteuerberichtigungszeitraums im Zusammenhang mit Grundstücken auf 20 Jahre**

Erzielt ein Unternehmer steuerpflichtige Umsätze, so steht ihm der volle Vorsteuerabzug für den Bau eines Gebäudes zu. Damit es zu keinem Missbrauch dieser Regelung kommt, muss das Gebäude dann aber auch in den nächsten 10 Jahren zur Erzielung von steuerpflichtigen Einkünften verwendet werden. Wird das Gebäude vor Ablauf von 10 Jahren bspw. ins Privatvermögen übernommen, müsste der damalige Vorsteuerabzug korrigiert werden.

Für Gebäude, die ab dem 1. Mai 2012 erstmals unternehmerisch genutzt werden, wird diese Frist nun auf 20 Jahre verlängert. Das gilt aber nicht, wenn die Vermietung der des Gebäudes (bzw. auch einer Wohnung) schon vor dem 1. Mai 2012 vertraglich vereinbart worden ist.

- **Wegfall von MÖSt-Befreiung und -Rückerstattung**

Nach der bisherigen Rechtslage bestand eine Befreiung von der Mineralölsteuer für jene Fahrzeuge, die im Ortslinienverkehr eingesetzt werden (betrifft Busunternehmen, ÖBB usw.). Landwirte bekamen die Differenz zwischen dem Regelsteuersatz für Diesel und Heizöl extra leicht rückerstattet. Diese Begünstigungen werden ab dem 1. Jänner 2013 abgeschafft.

- **Abgeltungssteuer auf in der Schweiz geparkte Guthaben**

Wie in letzter Zeit oft in den Medien berichtet, halten viele Österreicher in der Schweiz Bankkonten. Um Steuereinnahmen aus diesen Guthaben zu lukrieren soll ein Abkommen mit der Schweiz abgeschlossen werden, wonach die Schweizer Banken verpflichtet werden sollen, in Zukunft eine Steuer von den Kapitalerträgen iHv 25 % einzuheben und an den österreichischen Fiskus abzuführen. Die Identität des Kontoinhabers kann dann der österreichischen Abgabenbehörde weiterhin verborgen bleiben.

Durch eine Einmalzahlung zwischen 19 und 34 % des Kontostandes kann eine strafbefreiende Bereinigung der Vergangenheit erreicht werden. Auch in diesem Fall kann weiterhin das Bankgeheimnis gegenüber dem österreichischen Fiskus gewahrt bleiben. Alternativ dazu kann auch das Bankkonto der österreichischen Abgabenbehörde offengelegt werden; das gilt dann auch als strafbefreiende Selbstanzeige gem. § 29 FinStrG.

- **Anhebung des Forschungsdeckels und strengere Kontrolle der Anspruchsvoraussetzungen**

Bisher konnten maximal EUR 100.000 an Aufwendungen für Auftragsforschung für die Berechnung der Forschungsprämie geltend gemacht werden. Bei der eigenbetrieblichen Forschung gibt es keinen Deckelungsbetrag.

Für Wirtschaftsjahre, die ab dem 1. Jänner 2012 beginnen, wird der Deckel für die Auftragsforschung auf EUR 1 Mio. angehoben, um auch kleineren Unternehmen den Zugang zur Forschung zu erleichtern. Im Gegenzug werden allerdings strengere Kontrollen zur Einhaltung der Anspruchsvoraussetzungen implementiert.

- **Halbierung der Bausparprämie sowie befristete Halbierung der Prämie für die Pensions- und Zukunftsvorsorge**

Schlechte Nachrichten für die heimischen Sparer: Ab dem Jahr 2013 wird die Bausparprämie halbiert, d.h. sie beträgt dann nur noch mindestens 1,5 % und maximal 4 % der jährlichen Einzahlungen. Wer im Jahr 2012 einen in den Jahren 2010 bis 2012 abgeschlossenen Bausparvertrag kündigt, muss die bisher erhaltenen Prämien allerdings nicht zurückzahlen.

Auch bei der prämienbegünstigten Pensions- und Zukunftsvorsorge wird der Prozentsatz halbiert. Ab dem Jahr 2013 beträgt der anwendbare Zinssatz nur noch 2,75 %. Diese Senkung ist allerdings nur vorübergehend bis zum Jahr 2016, danach wird wieder der bisher gültige Zinssatz angewendet.

2. Steuerliche Neuerungen ab 1.1. 2012

• Erweiterung der steuerlichen Spendenbegünstigung

Nach der schon seit 2009 geltenden Rechtslage können Spenden an bestimmte im Gesetz genannte begünstigte Institutionen (insbesondere an **Forschungseinrichtungen** und der Erwachsenenbildung dienende Lehreinrichtungen, an **Universitäten**, diverse Fonds, **Museen**, Bundesdenkmalamt etc; weiters **Spenden für mildtätige Zwecke**, für Zwecke der **Entwicklungszusammenarbeit** sowie für Zwecke der **internationalen Katastrophenhilfe**) **bis maximal 10 % des Gewinnes bzw des Einkommens des unmittelbar vorangegangenen (Wirtschafts-)Jahres** steuerlich als **Betriebsausgabe bzw Sonderausgabe** abgesetzt werden.

Mit Jahresbeginn 2012 wurde der **Kreis der begünstigten Spendenempfänger** wesentlich **erweitert**, und zwar um Organisationen, die sich dem **Umwelt-, Natur- und Artenschutz** widmen, weiters um **Tierheime** sowie **freiwillige Feuerwehren** und Landesfeuerwehrverbände. Ferner wurden in den Kreis der begünstigten Spendenempfänger auch **entsprechende ausländische Einrichtungen mit Sitz in einem EU-Mitgliedstaat** oder einem Staat, mit dem eine umfassende Amtshilfe besteht, einbezogen. Schließlich kann ab 2012 auch an die **Internationale Anti-Korruptions-Akademie (IACA)** steuerbegünstigt gespendet werden.

Übrigens: Beiträge an gesetzlich anerkannte Kirchen und Religionsgemeinschaften können ab 2012 bis zu einem **Höchstbetrag von € 400** steuerlich als **Sonderausgabe** abgesetzt werden.

• Verlängerung der Möglichkeit zur Steuerspaltung

Die Möglichkeit, alternativ zur gesellschaftsrechtlichen Spaltung von Kapitalgesellschaften eine **sogenannte „Steuerspaltung“** nach den §§ 38a bis 38f UmgrStG vorzunehmen, wurde um ein weiteres Jahr, und zwar bis **auf Stichtage, die vor dem 1.1.2013 liegen**, verlängert.

• Besteuerung von Grundstücken bei Zuwendung an Privatstiftungen

Der Verfassungsgerichtshof (VfGH) hat mit Wirkung 31.12.2011 jene Bestimmung des Stiftungseingangsteuergesetzes aufgehoben, der zufolge die Stiftungseingangssteuer bei Zuwendung von Grundstücken an Stiftungen vom dreifachen Einheitswert zu berechnen ist. Die nunmehr vom Gesetzgeber getroffene Neuregelung sieht vor, dass die Widmung von Grundstücken an Privatstiftungen nicht mehr der Stiftungseingangssteuer, sondern der **Grunderwerbsteuer** unterliegt. Dabei wird bei unentgeltlichen Übertragungen von Grundstücken neben dem **üblichen Steuersatz von 3,5 %** auch ein **Stiftungseingangssteueräquivalent in Höhe von 2,5 %** der Bemessungsgrundlage erhoben. Als Bemessungsgrundlage gilt bei unentgeltlichen Übertragungen aber weiterhin der **dreifache Einheitswert. Zuwendungen ausländischer Grundstücke** unterliegen ab 1.1.2012 **keiner Besteuerung** mehr!

• Neuerungen im Bereich der Umsatzsteuer

Das **Reverse-Charge-System** wurde ab 1.1.2012 auf folgende Lieferungen erweitert:

- Übertragung von **Treibhausgasemissionszertifikaten** gemäß EU-Richtlinie;
- Lieferung von **Mobilfunkgeräten** und **integrierten Schaltkreisen**, wenn das in der Rechnung ausgewiesene Entgelt mindesten € 5.000 beträgt.

- **Neuerungen im Bereich der Lohnsteuer**

- **Steuerbefreiung für Auslandsmontagen neu geregelt**

Die bisherige **Lohnsteuerbefreiung für Auslandsmontagen**, die bekanntlich vom Verfassungsgerichtshof im Jahr 2010 aufgehoben wurde, wurde grundlegend neu geregelt. **Ab 1.1.2012** werden **60% der laufenden Bezüge (maximal bis zur ASVG-Höchstbeitragsgrundlage**, das ist für 2012 monatlich € 4.230) von vorübergehend ins Ausland entsendeten Mitarbeitern **steuerfrei** belassen, wenn

- die **Auslandstätigkeit** – ungeachtet ihrer vorübergehenden Ausübung – ihrer Natur nach **nicht auf Dauer angelegt** ist,
- jeweils ununterbrochen über den **Zeitraum von einem Monat** hinausgeht,
- die Entsendung aus dem **EU/EWR-Raum** oder der Schweiz erfolgt,
- der Einsatzort mehr als **400 km von der nächstgelegenen österreichischen Grenze entfernt** ist,
- die Entsendung nicht in eine ausländische Betriebsstätte des Arbeitgebers erfolgt und
- die Arbeit unter im Gesetz näher definierten **erschwernten Bedingungen** erfolgt.

Die Befreiung gilt auch für Kommunalsteuer, DB-FLAF und DZ.

Die Steuerfreiheit **steht nicht zu**, wenn der **Arbeitgeber Zulagen und Zuschläge gemäß § 68 EStG steuerfrei behandelt** oder die **Kosten für mehr als eine Familienheimfahrt im Kalendermonat trägt** oder wenn der Arbeitnehmer selbst die mit der Auslandstätigkeit verbundenen Werbungskosten (inklusive Familienheimfahrten und doppelter Haushaltsführung) geltend macht.

Für jene **Arbeitnehmer**, deren **Einsatzort innerhalb der 400 km-Zone liegt** und die nach der Neuregelung daher nicht mehr unter die Begünstigung fallen, kann **für 2012** noch die ursprünglich vorgesehene Übergangsregelung angewendet werden, wonach **33% der Bezüge** für die begünstigte Auslandstätigkeit **steuerfrei** bleiben.

- **Pendlerpauschale – neue Unzumutbarkeitskriterien**

Anstelle der bisherigen starren Unzumutbarkeitskriterien wurde mit dem Ende 2011 veröffentlichten Lohnsteuer-Wartungserlass 2011 eine **flexible Staffelung der Wegzeiten** eingeführt. Dem Arbeitnehmer steht ein Pendlerpauschale (Antrag L 34 beim Arbeitgeber) zu, wenn der Arbeitsweg zwischen Wohnung und Arbeitsstätte eine Entfernung von mindestens 20 km umfasst (kleines Pendlerpauschale) oder die Benützung eines Massenbeförderungsmittels zumindest hinsichtlich des halben Arbeitsweges nicht möglich oder nicht zumutbar ist (großes Pendlerpauschale). Bezüglich der **Unzumutbarkeit der Benutzung eines Massenbeförderungsmittels** gilt nunmehr Folgendes:

Wegzeit für einfache Wegstrecke	Benützung Massenbeförderungsmittel (MBM)	Anmerkung
bis 90 Minuten	zumutbar	
zwischen 90 Minuten und 150 Minuten (2,5 Stunden)	zumutbar	wenn die Wegzeit für die einfache Wegstrecke mit dem MBM höchstens dreimal so lange dauert als die Fahrzeit mit dem Kfz
über 150 Minuten (2,5 Stunden)	unzumutbar	

Für bereits laufende Pendlerpauschalen ist die Neuregelung **spätestens ab 2013** anzuwenden, was offenbar bedeutet, dass sich aus der Neuregelung ergebende Verschlechterungen erst ab 2013 wirksam werden sollen.

- **Sachbezug Dienstwohnung**

Die Sachbezugswerte für Dienstwohnungen pro Quadratmeter Wohnfläche betragen für **2012 unverändert gegenüber 2011**:

Burgenland	Kärnten	NÖ	OÖ	Salzburg	Steiermark	Tirol	Vorarlberg	Wien
4,47 €	5,74 €	5,03 €	5,31€	6,78 €	6,76 €	5,99 €	7,53 €	4,91 €

Für Wohnungen, die **bereits im Dezember 2008 dem Arbeitnehmer überlassen** wurden, **gelten ab 2012 keine Übergangsbestimmungen mehr**. Das bedeutet, dass die obigen Richtwerte erstmals voll zum Tragen kommen (2011 waren nur 75% der Erhöhung anzusetzen).

- **Neuerungen im Bereich der Bundesabgabenordnung**

- **Berufungszinsen gem § 205a BAO:**

Wird im Falle der Berufung gegen eine Steuervorschreibung die Steuer zunächst bezahlt, in der Folge aber die Berufung gewonnen, so wird die bezahlte Steuer zwar wieder gutgeschrieben, bisher allerdings ohne Verzinsung. Dieses **einseitige Zinsenrisiko** des Steuerpflichtigen wird ab 2012 dadurch beseitigt, dass ab 1.1.2012 im Falle der **positiven Erledigung einer Berufung** die **bereits bezahlten** und durch die Berufung **wieder gutgeschriebenen Steuerbeträge verzinst werden**. Die Berufungszinsen betragen 2 % über dem Basiszinssatz, somit **derzeit 2,38 % pa**. Zinsen die den Betrag von € 50 nicht erreichen, sind aber nicht festzusetzen. Berufungszinsen werden nur für den Zeitraum ab Entrichtung der strittigen Steuer bis zur Berufungsentscheidung gutgeschrieben. Wurden strittige Abgaben bereits vor dem 1.1.2012 entrichtet, erfolgt eine **Verzinsung erst ab dem 1.1.2012**. Im Bereich der **Landes- und Gemeindeabgaben** gibt es nach wie vor **keine Berufungszinsen**. Zu beachten ist, dass Berufungszinsen, die mit Einkommen- oder Körperschaftsteuern in Zusammenhang stehen, nicht steuerbar sind, dh nicht versteuert werden müssen! Berufungszinsen für andere Steuern (wie zB Umsatzsteuer oder Lohnabgaben) sind hingegen als Betriebseinnahmen zu erfassen und steuerpflichtig. Eine **Gutschrift** von Berufungszinsen erfolgt nur auf **Antrag**.

- **Bescheidberichtigung nach § 293c BAO:**

Nach dieser neuen Bestimmung kann auf Antrag einer Partei oder von Amts wegen ein Abgaben- oder Feststellungsbescheid **berichtigt werden**, wenn in ihm **ein Sachverhalt bei periodenübergreifender Betrachtung nicht oder doppelt berücksichtigt wurde**. Diese Bestimmung soll verhindern, dass ein abgabenrelevanter Sachverhalt (wie zB Betriebsausgaben oder Betriebseinnahmen) doppelt oder gar nicht berücksichtigt wird. Die Bestimmung dient zwar der Rechtsrichtigkeit der Besteuerung, höhlt aber andererseits einmal mehr die Rechtsbeständigkeit aus. Die Berichtigung nach § 293c BAO ist bis zum Ablauf der Verjährungsfrist zulässig.

- **Neuerungen im Bereich des Neugründungsförderungsgesetzes (NeuFöG)**

Neugründer, die Arbeitskräfte beschäftigen, sind schon nach bisheriger Rechtslage **von bestimmten lohnabhängigen Abgaben und Beiträgen** (DB, DZ, WBF und UV) **für die Dauer von 12 Monaten** ab dem Monat der Neugründung **befreit**. Da diese im NeuFöG geregelte Befreiung in der Praxis mangels sofortiger Beschäftigung von Arbeitnehmern oft ins Leere ging, wurde sie dahingehend geändert, dass sie nunmehr **in den ersten 36 Monaten ab dem Gründungsmonat in Anspruch genommen** werden kann. Die Befreiung steht aber weiterhin **nur für 12 Monate innerhalb dieses dreijährigen Zeitraumes** zu. Die 12-Monats-Frist beginnt mit dem Monat der erstmaligen Beschäftigung von Arbeitnehmern. Wird der erste Arbeitnehmer erst ab dem 12. Monat nach der Neugründung beschäftigt, reduziert sich die Befreiung auf die **ersten drei beschäftigten Arbeitnehmer**.

3. Aktuelles zum Thema Auto

- **Das Fahren mit ausländischen Kennzeichen in Österreich**

Laut Medienberichten führt die Finanz derzeit schwerpunktmäßig Kontrollen bei **in Österreich verwendeten Kfz mit ausländischen Kennzeichen** durch. Kontrolliert wird, ob diese Kfz aus kraftfahrrechtlicher Sicht im Inland **zugelassen** werden müssten und daher in Österreich die **Normverbrauchsabgabe (NoVA)** zu entrichten ist. Dabei ist zu beachten, dass der NoVA auch die **Verwendung eines Kfz im Inland unterliegt, wenn es nach Kraftfahrzeuggesetz (KFG) im Inland „zuzulassen wäre“**. Dieser Auffangtatbestand bewirkt, dass auch jene Kfz in die NoVA-Pflicht einbezogen werden, die im Inland verwendet, aber zur Vermeidung der NoVA-Pflicht im Ausland zugelassen werden. Unter welchen Voraussetzungen ein **Fahrzeug mit ausländischem Kennzeichen im Inland zugelassen** werden muss, bestimmt sich nach dem **dauernden Standort des Fahrzeuges** im Sinne des KFG. Für weiterführende Details fragen Sie Ihren Steuerberater.

- **Neue Parkgebühren in Wien ab März**

Parkscheine in Wien werden **ab 1.3.2012 um 66% teurer**. Für Parkkarten und Parkpickerl, die vor diesem Zeitpunkt ausgestellt wurden, gibt es bei Verlängerung eine Gutschrift (zB für Zweijahres-Parkpickerl € 30).

- **Neue Autobahnvignette für 2012**

Seit 1.2.2012 gilt nur noch die neue **petrolfarbene Autobahnvignette zum Preis von € 77,80** für Kfz bis 3,5t (€ 31 für Motorräder) für das ganze Jahr. Wer ohne gültiger Vignette erwischt wird, zahlt € 120 Ersatzmaut.

4. BMF-Kassenrichtlinie 2012 (KRL 2012)

In der kurz vor dem Jahreswechsel veröffentlichten „**Kassenrichtlinie 2012**“ nimmt das BMF – unter Bedachtnahme auf die gesetzlichen Änderungen bei den Aufzeichnungs- und Aufbewahrungspflichten (zB Barbewegungsverordnung) und auf die fortschreitende technische Entwicklung – zu den in der Praxis **immer häufiger auftretenden Fragen der Ordnungsmäßigkeit von Kassensystemen** Stellung. In der Richtlinie werden nicht nur die verschiedenen **Typen von Registrierkassen und Kassensystemen** näher beschrieben, sondern es wird neben den rechtlichen Rahmenbedingungen auch dargestellt, welche **Grundaufzeichnungen** nach Ansicht des BMF zu führen sind und welche Daten in welcher Form erfasst, aufgezeichnet und aufbewahrt werden sollen. Weiters wird beschrieben, welche sonstigen Kriterien bei der Nutzung von Registrierkassen und Kassensystemen zu beachten sind, um die Grundsätze der Ordnungsmäßigkeit zu erfüllen.

Durch die Kassenrichtlinie sollen

- die **Grundsätze, Rahmenbedingungen und einheitlichen Regelungen** zum Zweck der leichteren Beurteilung, ob und inwieweit die **jeweilige Kasse** und die **dazugehörigen Aufzeichnungen** im Einzelfall die **Kriterien der Ordnungsmäßigkeit erfüllen**, näher dargestellt werden;
- die in der Praxis immer häufiger auftretenden **Fragen zur Ordnungsmäßigkeit von einzelnen Kassensystemen** beantwortet werden (wobei eine Zertifizierung von einzelnen Kassentypen oder bestimmten Kassen durch das BMF aber weiterhin nicht vorgesehen ist) und
- auf diese Weise die **Rechtssicherheit für Unternehmen und Kassenhersteller erhöht** und eine Basis für eine **einheitliche Verwaltungspraxis** im Sinn der Gleichmäßigkeit der Besteuerung geschaffen werden.

Die Kassenrichtlinie gibt die Rechtsansichten des BMF wieder, sie kann aber keine über die gesetzlichen Bestimmungen hinausgehenden Rechte und Pflichten begründen.

5. Aktuelle Zinsen

• Die neuen steuerlich relevanten Zinssätze ab 14.12.2011

Auf Grund der Senkung des **Basiszinssatzes** von 0,88 % auf **0,38 %** wurden ab 14.12.2011 auch die **Stundungszinsen für Abgabenschulden** und die **Anspruchs- und Aussetzungszinsen** gesenkt. Für die neu ab 1.1.2012 eingeführten **Berufungszinsen** (siehe im Detail auch oben) beträgt der Zinssatz ebenfalls 2,38 %.

Die für steuerliche Zwecke relevanten **Zinssätze** haben sich in den letzten Jahren wie folgt entwickelt:

Wirksamkeit ab	Basiszinssatz	Stundungszinsen	Aussetzungszinsen	Anspruchszinsen	Berufungszinsen Neu ab 1.1.2012
13.05.2009	0,38%	4,88%	2,38%	2,38%	-
13.07.2011	0,88%	5,38%	2,88%	2,88%	-
14.12.2011	0,38%	4,88%	2,38%	2,38%	-
01.01.2012	0,38%	4,88%	2,38%	2,38%	2,38%

• Verzugszinsen der SVA

Wer die Beiträge an die SVA nicht innerhalb von 15 Tagen nach Fälligkeit bezahlt, muss ab 1.1.2012 mit **Verzugszinsen** in Höhe von **8,88%** rechnen.

6. Splitter

• Jobticket

Seit 2011 ist auch die **Beförderung der Arbeitnehmer zwischen Wohnung und Arbeitsstätte mit einem Massenbeförderungsmittel als Werkverkehr nicht steuerbar**, wenn die Voraussetzungen für ein Pendlerpauschale vorliegen. Ein Werkverkehr ist nur dann gegeben, wenn der Arbeitgeber dem Arbeitnehmer für die Strecke Wohnung – Arbeitsstätte eine **nicht übertragbare Streckenkarte** zur Verfügung stellt. Die Zurverfügungstellung einer **Netzkarte** ist nur dann zulässig, wenn für das betreffende öffentliche Verkehrsmittel keine Streckenkarten angeboten werden oder die Netzkarte nicht mehr kostet als die Streckenkarte. Zu beachten ist weiters, dass die Rechnung auf den Arbeitgeber lautet und insbesondere auch den Namen des Arbeitnehmers beinhaltet.

• Neue Liebhabereirichtlinien 2012

Das BMF hat die bisherigen Liebhabereirichtlinien aus 1997 überarbeitet und mit Anfang 2012 **neue Liebhabereirichtlinien 2012** (LRL) erlassen. Die wesentlichsten Änderungen sind:

- Die LRL sehen nun eine **subjektbezogene Betrachtung** vor. Jede (entgeltliche oder unentgeltliche) Übertragung einer Einkunftsquelle führt grundsätzlich zur Beendigung der Betätigung für den Übertragenden bzw zum Neubeginn des Gesamtgewinn- bzw Gesamtüberschusszeitraums beim Übernehmenden.
- Erstmals werden Aussagen zur **Liebhaberei bei Kapitalgesellschaften** getroffen. Nach Ansicht des BMF geht eine Ergebniskorrektur um verdeckte Ausschüttungen einer Liebhabereiprüfung bei der Kapitalgesellschaft vor. Offene und verdeckte Ausschüttungen führen beim Gesellschafter zu Einkünften, auch wenn auf Ebene der Kapitalgesellschaft Liebhaberei vorliegt. Beim Wandel von der Einkunftsquelle zur Liebhaberei werden die Anlagegüter in die **außerbetriebliche Sphäre der Kapitalgesellschaft** überführt. Die darin enthaltenen **stillen Reserven sollen als „nachhängiges Betriebsvermögen“**

steuerverfängen bleiben. Ferner meint das BMF, dass eine Liebhabereikapitalgesellschaft zwar Gruppenträger, aber nicht Gruppenmitglied sein kann.

- **Einkommensbericht für Gesellschaften mit mehr als 500 ArbeitnehmerInnen**

Mit 1.1.2012 ist die Verpflichtung zur Erstellung eines Einkommensberichts für **ArbeitgeberInnen** in Kraft getreten, die **dauernd weniger als 1.001, aber mehr als 500 ArbeitnehmerInnen beschäftigen.** Der Einkommensbericht ist für das Jahr 2011 zu erstellen. Für Betriebe mit mehr als 1.000 ArbeitnehmerInnen ist die Verpflichtung zur Erstellung eines Einkommensberichts bereits seit 1.3.2011 in Kraft. Der **Bericht zur Entgeltanalyse** ist alle zwei Jahre zu erstellen. Er ist in anonymisierter Form zu erstellen und darf keine Rückschlüsse auf Einzelpersonen zulassen. Der Bericht ist den Belegschaftsvertretungsorganen bis spätestens 31.3.2012 zu übermitteln. Der Anspruch auf den Bericht ist gerichtlich geltend zu machen. Die Verjährungsfrist beträgt dabei drei Jahre.

- **Sanktionen bei mangelhaften Stelleninseraten**

Die Verpflichtung, in **Stelleninseraten** das für den zu besetzenden Arbeitsplatz geltende **kollektivvertragliche (oder sonst reglementierte) Mindestentgelt anzugeben** und auf die Bereitschaft zur Überzahlung hinzuweisen, besteht bereits seit dem 1.3.2011. Ein Verstoß gegen diese Verpflichtung war im Jahr 2011 noch ohne Straffolge. Seit dem 1.1.2012 sind einschlägige **Strafbestimmungen** in Kraft getreten. Beim erstmaligen Verstoß gegen die Entgeltangabepflicht ist der Arbeitgeber bzw der Arbeitsvermittler zu ermahnen. Im Wiederholungsfall sind von der Bezirksverwaltungsbehörde **Geldstrafen bis € 360** zu verhängen. Bestraft werden nicht nur fehlende, sondern auch falsche Angaben. Auch Stellenbewerber können die Mangelhaftigkeit eines Stelleninserats bei der Bezirksverwaltungsbehörde anzeigen.

7. Termine: Übersicht für das erste Halbjahr 2012

29.2.2012:

- Frist für die elektronische Übermittlung der **Jahreslohnzettel 2011** (Formular L 16), der **Mitteilungen nach § 109a EStG** (Formular E 109a) und der neuen **Meldung für Auslandszahlungen nach § 109b EStG** (Formular E 109b) über ELDA (elektronischer Datenaustausch mit den Sozialversicherungsträgern; www.elda.at) bzw für Großarbeitgeber über ÖSTAT (Statistik Austria).

31.3.2012:

- Einreichung der **Jahreserklärungen 2011** für **Kommunalsteuer und Dienstgeberabgabe** (Wiener U-Bahnsteuer).

1.4.2012:

- Die **neue Wertpapiergewinnsteuer** (Besteuerung von Einkünften aus realisierten Wertzuwächsen und aus Derivaten **mit 25% KEST**, im Regelfall durch Steuerabzug durch die Bank) **tritt in Kraft.**

30.4.2012:

- Frist für die **Einreichung der Steuererklärungen 2011** beim Finanzamt in **Papierform.**

30.6.2012:

Frist für die **elektronische Einreichung der Steuererklärungen 2011** beim Finanzamt **via FinanzOnline** (wobei für alle von einem Wirtschaftstreuhänder vertretenen Steuerpflichtigen bekanntlich Sonderregelungen bestehen).

8. Sozialversicherungswerte und -beiträge für 2012

ECHTE UND FREIE DIENSTNEHMER (ASVG)

Höchstbeitragsgrundlage in €	jährlich	monatlich	täglich
laufende Bezüge	---	4.230,00	141,00
Sonderzahlungen ¹⁾	8.460,00	---	---
Freie Dienstnehmer ohne Sonderzahlungen	---	4.935,00	---
Geringfügigkeitsgrenze	---	376,26	28,89

Beitragsätze je Beitragsgruppe	gesamt	Dienstgeber-Anteil	Dienstnehmer-Anteil
Arbeiter			
Unfallversicherung	1,40 %	1,40 %	---
Krankenversicherung	7,65 %	3,70 %	3,95 %
Pensionsversicherung	22,80 %	12,55 %	10,25 %
Sonstige (AV, KU, WF, IE)	8,05 %	4,05 %	4,00 % ²⁾
Gesamt	39,90 %	21,70 %	18,20 %
BV-Beitrag (ohne Höchstbeitragsgrundlage)	1,53 %	1,53 %	---
Angestellte			
Unfallversicherung	1,40 %	1,40 %	---
Krankenversicherung	7,65 %	3,83 %	3,82 %
Pensionsversicherung	22,80 %	12,55 %	10,25 %
Sonstige (AV, KU, WF, IE)	8,05 %	4,05 %	4,00 % ²⁾
Gesamt	39,90 %	21,83 %	18,07 %
BV-Beitrag (ohne Höchstbeitragsgrundlage)	1,53 %	1,53 %	---
Freie Dienstnehmer			
Unfallversicherung	1,40 %	1,40 %	---
Krankenversicherung	7,65 %	3,78 %	3,87 %
Pensionsversicherung	22,80 %	12,55 %	10,25 %
Sonstige (AV, KU, WF, IE)	7,05 %	3,55 %	3,50 % ²⁾
Gesamt	38,90 %	21,28 %	17,62 %
BV-Beitrag (ohne Höchstbeitragsgrundlage)	1,53 %	1,53 %	---
Entfallende Beiträge - ältere Dienstnehmer			
Männer/Frauen vollendetes 58.Lj (AV)	-6,00 %	-3,00 %	-3,00 %
Frauen - Anfallsalter vorz Alterspension (AV/IE)	-6,55 %	-3,55 %	-3,00 %
Männer/Frauen vollendetes 60.Lj (AV/IE/UV)	-7,95 %	-4,95 %	-3,00 %
Pensionisten			
Krankenversicherung = gesamt	5,10 %	-	5,10 %
Geringfügig Beschäftigte		bei Überschreiten der 1,5-fachen Geringfügigkeitsgrenze ³⁾	bei Überschreiten der Geringfügigkeitsgrenze aus mehreren Dienstverhältnissen ⁴⁾
Arbeiter		17,80 %	14,20 %
Angestellte		17,80 %	13,65 %
Freie Dienstnehmer		17,80 %	14,20 %
BV-Beitrag („Abfertigung neu“)		1,53 %	---
Selbstversicherung (Opting In)		53,10 € monatlich	

1) Für Sonderzahlungen verringern sich die Beitragssätze bei Arbeitern und Angestellten um 1 % (DN-Anteil) bzw 0,5 % (DG-Anteil), bei freien Dienstnehmern nur der DN-Anteil um 0,5 %.

2) Der 3 %ige Arbeitslosenversicherungsbeitrag (AV) vermindert sich für Dienstnehmer mit einem Monatsbezug von unter € 1.456

3) UV 1,4 % zuzüglich pauschale Dienstgeberabgabe 16,4 %

4) inkl 0,5 % Arbeiterkammerumlage

daher Höchstbeiträge (ohne BV-Beitrag) in €	monatlich	jährlich
Arbeiter/Angestellte (inklusive Sonderzahlungen)	1.687,77	23.501,88
Freie Dienstnehmer (ohne Sonderzahlungen)	1.919,72	23.036,58

GEWERBETREIBENDE UND SONSTIGE SELBSTÄNDIGE (GSVG / FSVG)

Mindest- und Höchstbeitragsgrundlagen und Versicherungsgrenzen in €	vorläufige und endgültige Mindestbeitragsgrundlage bzw Versicherungsgrenzen		vorläufige und endgültige Höchstbeitragsgrundlage	
	monatlich	jährlich	monatlich	jährlich
Gewerbetreibende				
Neuzugänger im 1. bis 3. Jahr	537,78	6.453,36	4.935,00	59.220,00
ab dem 4. Jahr – in der KV	671,02	8.052,24	4.935,00	59.220,00
ab dem 4. Jahr – in der PV	654,83	7.857,96	4.935,00	59.220,00
Sonstige Selbständige mit anderen Einkünften	376,26	4.515,12	4.935,00	59.220,00
ohne andere Einkünfte	537,78	6.453,36	4.935,00	59.220,00

Berechnung der vorläufigen monatlichen Beitragsgrundlage:
(bis zum Vorliegen des Steuerbescheides für 2012):

Einkünfte aus versicherungspflichtiger Tätigkeit lt
Steuerbescheid 2009
+ in 2009 vorgeschriebene KV- und PV-Beiträge
= Summe
x 1,052 (Inflationsbereinigung)
: Anzahl der Pflichtversicherungsmonate 2009

Beitragsätze	Gewerbetreibende	FSVG	Sonstige Selbständige
Unfallversicherung pro Monat	8,25 €	8,25 €	8,25 €
Krankenversicherung	7,65 %	---	7,65 %
Pensionsversicherung	17,50 %	20,0 %	17,50 %
Gesamt	25,15 %	20,0 %	25,15 %
BV-Beitrag (bis Beitragsgrundlage)	1,53 %	freiwillig	1,53 %

Mindest- und Höchstbeiträge in Absolutbeträgen (inkl UV) in € (ohne BV-Beitrag)	vorläufige Mindestbeiträge		vorläufige und endgültige Höchstbeiträge	
	monatlich	jährlich	monatlich	jährlich
Gewerbetreibende				
Neuzugänger im 1. und 2. Jahr	143,50	1.722,00	913,02	10.956,18
Neuzugänger im 3. Jahr	143,50	1.722,00	1.249,40	14.992,83
ab dem 4. Jahr	174,18	2.090,16	1.249,40	14.992,83
Sonstige Selbständige mit anderen Einkünften	102,88	1.234,56	1.249,40	14.992,83
ohne andere Einkünfte	143,50	1.722,00	1.249,40	14.992,83

9. Kammerumlage 2 – Zuschlag zum Dienstgeberbeitrag

Die **Kammerumlage 2 (KU 2)**, besser bekannt als **Zuschlag zum Dienstgeberbeitrag** zum Familienlastenausgleichsfonds (DZ zum DB-FLAF), ist von der monatlichen Lohnsumme eines Betriebes zu berechnen. Der DZ zum DB ist aufgrund des unterschiedlichen Landeskammeranteils für **jedes Bundesland verschieden** und beläuft sich (unverändert gegenüber dem Vorjahr mit Ausnahme der Steiermark) auf:

Steiermark	Burgenland	Salzburg	Tirol	NÖ	Wien	Kärnten	Vorarlberg	OÖ
0,39 % (2011: 0,40%)	0,44 %	0,42 %	0,43 %	0,40 %	0,40 %	0,41 %	0,39 %	0,36 %

Impressum: Dr. Christa Farmer
Wirtschaftstreuhänderin ♦ Steuerberaterin
A-1010 WIEN ♦ BIBERSTRASSE 4 ♦ Tel. 01/595 53 50 ♦ Fax DW-25 ♦ e-mail: office@farmer-stb.at
Angaben ohne Gewähr.